

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von der Redaktion SÜDASIEN

Gewalt gegen Frauen

Die Regierung Bangladeschs hat am 12. Oktober 2020 per Gesetzesänderung die Todesstrafe für Vergewaltigungsfälle ermöglicht. Dies kann als direkte Reaktion auf tagelange Proteste im Land verstanden werden, auf denen Bürger(inn)en ihre Wut über sexualisierte Gewalt zum Ausdruck brachten. Die Protestierenden hatten außerdem schnelle Gerichtsverfahren und besseren Schutz von Opfern und Zeug(inn)en gefordert. Zivilgesellschaftliche Akteur(inn)en betonten, dass eine Verschärfung des Strafmaßes nicht ausreicht, sondern bewusstseinsstiftende Maßnahmen hinzukommen müssten. Menschenrechtsorganisationen gaben an, dass die Todesstrafe Gewalt eher verstetige als sie zu beenden. Auch die Vereinten Nationen haben sich besorgt über die zunehmende Gewalt gegen Frauen in Bangladesch geäußert. „Dies sind abscheuliche Verbrechen und schwere Verletzungen der Menschenrechte. Jede Vergewaltigung ist eine zu viel“, so die UN in einer Stellungnahme am 7. Oktober. „Obwohl die UN der Öffentlichkeit und den Gruppen der Zivilgesellschaft bei der Forderung nach Gerechtigkeit zur Seite steht, erkennen wir an, dass dies keine isolierten Vorfälle sind. Wir fördern einen systematischen Ansatz zur Stärkung des Schutzes der Rechte der Frauen“, heißt es in der Erklärung. Die UN empfahl nachdrücklich eine Reform des Strafrechtssystems zur Unterstützung und zum Schutz von Opfern und Zeug(inn)en und zur Beschleunigung der Gerichtsverfahren. Die UN-Koordinatorin in Dhaka, Mia Seppo, twitterte die Erklärung sowohl auf Bengailisch als auch auf Englisch.

Inhaftierter Journalist

Der inhaftierte Fotojournalist Shafiqul Islam Kajol wurde am 24. November 2020 vom Obersten Gerichtshof in einem unter dem *Digital Security Act* (DAS) eingereichten Fall Kautionsgewährung, wie seine Anwält(inn)en gegenüber der englischsprachigen Tageszeitung *The Daily Star* bestätigten. Kajols Anwalt Jyotirmoy Barua hatte den Antrag Anfang Oktober gestellt. Kajol wird jedoch nicht aus dem Gefängnis entlassen, da zwei weitere Verfahren unter dem DAS gegen ihn laufen. Im Frühjahr 2020 waren mehrere Anklagen gegen ihn unter dem von der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft stark kritisierten DAS eingereicht worden. Kajol war danach für 53 Tage verschwunden, bis er von Sicherheitskräften „aufgefunden“ und festgenommen

wurde. Der Fall gilt als Paradebeispiel für den Missbrauch des DSA zu Zwecken der Repression und zum Verstummen-Bringen regierungskritischer Stimmen.

Kohleenergie

Der Vorsitzende des *Bangladesh Power Development Board* (BPDB), Ingenieur Belayet Hossain, sagte am 1. Dezember 2020, dass das 1320-MW-Kraftwerk *Maitree Super Thermal Power Plant* der *Bangladesh-India Friendship Power Company Limited* (BIFPCL) bei Rampal in Bagerhat voraussichtlich Ende 2021 mit der Stromerzeugung beginnen wird. Das Megaprojekt wird seit Beginn von Umweltschützer/-innen stark kritisiert. Studien belegen, dass das Kraftwerk, das am Rande des UNESCO-Weltnaturerbes Sundarbans errichtet wird, verheerende ökologische Schäden und soziale Verwerfungen verursachen wird.

Unterdessen plant die Regierung Bangladeschs, seine Abhängigkeit von der Kohle zur Energieerzeugung zu überdenken. Das Ministerium für Strom, Energie und Bodenschätze hat einen Plan erstellt, der vorsieht, dass von dem Bau von bisher geplanten 18 Kohlekraftwerken alle mit Ausnahme von fünf Kraftwerken verworfen werden. Der Plan sieht vor, dass stattdessen ein Umstieg auf Flüssigerdgas (LNG) und Erdöl zur Stromerzeugung realisiert wird. Umweltschützer/-innen und Aktivist(inn)en kritisieren gleichwohl, dass ein kompletter Ausstieg aus der Kohle notwendig und ein Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2050 möglich sei, ohne dabei Gefahr zu laufen, den Energiebedarf des Landes nicht decken zu können, Arbeitsplätze zu riskieren oder den Staatshaushalt zu gefährden.

Vertreibung indigener Bevölkerung für 5-Sterne-Hotel

Etwa 1000 Personen der indigenen Bevölkerungsgruppe Mro protestierten am 8. November 2020 gegen den Bau eines 5-Sterne-Hotels auf einem Gebiet, auf dem acht ihrer angestammten Dörfer im Distrikt Bandarban errichtet sind. Bereits am 7. Oktober 2020 forderten sie Premierministerin Sheikh Hasina auf, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um alle Aktivitäten zum Bau des geplanten Hotels in ihrem Hügelland zu stoppen. In einem Memorandum beschreiben die Mro, dass einige Dorfbewohner/-innen bereits vertrieben wurden und weitere durch den Bau des Hotels bedroht seien.